IMT Nuremberg Archives

H – 3702

International Court of Justice

H3702 – 0001

H3702 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

- - - - - - - - - -

Date : 9 August 1948

I certify that Document Number M-8 was introduced into evidence as Exhibit Number GB-182 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall
Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3702 -0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document M-8 No. GB-182 is a photostat of an original document submitted in evidence by the British Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the OCCWC Evidence Library, Palace of Justice, Nuremberg

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military Tribunal

Nuremberg, 9 August 1948

H3702 – 0004

Süddeutsche Ausgabe

44. Ausg. · 48. Jahrg. · Einzelpreis 20 Pf. Italien Lire 1.30, übriges Ausland 25 Pfennig

„Freiheit und Brot!"

Süddeutsche Ausgabe

München, Mittwoch, 13. Februar 1935

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Heute
Deutsche Studenten-Zeitung
neu!

…pfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Verlag: Frz. Eher Nachf., G.m.b.H., München 2 NO, Thierschstr. 11 · Sammelruf 22131 · Drahtanschrift: Eherverlag · Postscheck: München 11346, Wien 79921, Prag 77303, Bern III 7205, Budapest 13532, Beograd 68237 · Bayer. Hypoth.- u. Wechselbank, Fil. Kaufingerstr. · Anzeigenpr. lt. auflieg. Tarif Nr. 2 · Anzeigenschl. 12 Uhr 2 Tage vor Erschein. Anzeig.-Abt. München, Thierschstr. 11, Zweigst. Schellingstr. 39 · Ruf 22131

Schriftleitung: München 13, Schellingstraße 39, Sammelruf 20801. Briefanschrift Postamt München 2 B. Z. Schließfach 24. Sprechstunde 11-12. Drahtanschrift: Beobachter München. Berliner Vertr.: Berlin SW 68, Zimmerstr. 88, Sammelr. A 1 (Jäger) 0022. Erscheinungsweise wöchentlich 7 mal · Bezugspreis durch Post M. 3.02 einschl. Post- und Zustellgebühren, in Orten mit eigener Agentur M. 3.00 einschließlich Botenlohn

„Warum ich an Hitler glaube"

Vor der Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich – Die Presse zum italienisch-abessinischen Streit – Österreich am Jahrestag der Februarrevolte – Gegen die Vergewaltigung des Memellandes – Schwierigkeiten für Flandin

Warum Gemeinschaftsschulen?

Oberbürgermeister Fiehler über Schulfragen

mc. **München**, 12. Februar

Oberbürgermeister Fiehler nahm in der Stadtratssitzung Veranlassung, sich mit einer Aufklärung an die Bevölkerung zu wenden. Er betonte, daß es selbstverständlich allen Eltern, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, freigestellt ist, sich für die eine oder andere Schulgattung bei der Einschreibung in die Münchener Volksschulen zu entschließen. Die Eltern möchten aber bedenken, daß, abgesehen von den höheren Verwaltungskosten und den ungleichmäßigen Klasseneinteilungen bei konfessionell getrennten Schulen sich auch entsprechend weitere Schulwege für die Kinder oft nicht vermeiden lassen.

Oberbürgermeister Fiehler verwies darauf, daß die staatlichen und städtischen Mittelschulen ja grundsätzlich eine Trennung des Unterrichts nach Konfessionen nur für die Religionsstunde kennen,

und daß in kleineren Orten eine Trennung, außer für den Religionsunterricht, nicht durchgeführt werde, daß ferner in einigen deutschen Gebieten, so in ganz Baden, seit vielen Jahren überhaupt nur die Gemeinschaftsschule besteht.

Wenn die Stadt München in einem Außenbezirk mit konfessionell gemischter Bevölkerung ein neues Schulhaus aus Steuermitteln erbaut, so ist das naturgemäß für alle in diesem Bezirk vorhandenen Schulkinder berechnet, und es kann Jahrzehnte dauern, bis die Kinderzahl in diesem Bezirk so groß ist, daß die Erbauung eines weiteren Schulhauses verantwortet werden kann. Jedenfalls ist es aber der Stadtverwaltung ganz unmöglich, in jedem Stadtbezirk etwa dreierlei Schulgattungen zu errichten, nämlich eine katholische, eine protestantische und eine Simultanschule.

Die Stadtverwaltung betrachtet es als ihre vornehmste Aufgabe, alle Kräfte zum Wohl der Volksgemeinschaft einzusetzen. Seit langem hatte die Stadt München unter großer Schulraumnot zu leiden. Die früheren in viele Parteien zersplitterten Stadtvertretungen haben es trotz riesiger Schuldenaufnahme nicht vermocht, dieser Schulraumnot auch nur einigermaßen Herr zu werden.

In den letzten 20 Jahren vor der Machtübernahme Adolf Hitlers wurde in München nur ein einziges Volksschulhaus gebaut. Demgegenüber hat die nationalsozialistische Stadtverwaltung in 1½ Jahren zwei einem Neubau gleichkommende Schulhauserweiterungen durchgeführt, außerdem geht der Schulhausneubau im Münchener Stadtteil Harlaching seiner Vollendung entgegen,

für einen weiteren Schulhausneubau in Truderin sind die Mittel bereits bewilligt; zudem wurden fünf alte Schulhäuser vollständig in Stand gesetzt und mit allen technischen Verbesserungen ausgestattet, weitere Instandsetzungen erfolgen laut Haushalt 1935.

Das Bekenntnis eines englischen Pfarrers

dnb. **London**, 12. Februar

Dr. A. J. Macdonald, der Oberpfarrer der Kirche St. Dunstan in the West in der Fleet Street, am Eingang des Londoner Zeitungsviertels, veröffentlicht in der „Daily Mail" unter der Überschrift „Warum ich an Hitler glaube" einen Aufsatz, in dem es u. a. heißt:

Hitler übernahm die Macht im Jahre 1933 zu einer Zeit, wo ein schlimmerer Feind, als jemals den Rhein bedroht hat, bereits über die Weichsel vorgedrungen war.

Als Hitler losschlug, gab es sechs Millionen Kommunisten in Deutschland, von denen eine Million organisiert und bewaffnet war. Ich glaube an Hitler, weil er nicht nur Deutschland vor dem Schicksal Rußlands bewahrte, sondern auch Europa gerettet hat, nicht nur durch sein Beispiel, sondern auch durch sein Eingreifen.

Aber die Größe Hitlers wird enthüllt nicht nur durch den Verfolg seiner Gegenrevolution, sondern auch durch seine Milde. Keine Revolution mit solchen Ergebnissen ist jemals mit so wenig Blutvergießen durchgeführt worden. Zwei Gründe gibt es für diese erstaunliche Neuerscheinung in einer Revolution: 1. Hatte Hitler die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich, und 2. war seine Revolution, auch wenn sie den Kommunismus unterdrückte, nicht radikaler Art. Er mag Tüchtigkeit, Schnelligkeit und unerschütterliche Treue verlangen; aber wenn diese Eigenschaften vorhanden sind, wird er nichts in Deutschland vergessen, was dazu beitragen kann, bei Deutschlands Erneuerung mitzuhelfen.

Die Religion ist ein Beispiel hierfür. Hitler ist der erste große revolutionäre Führer, der die christliche Religion als Hilfe für seine Politik unterstützt. Er kennt das deutlich wie ein erfahrener Pastor, daß es ohne Religion keine soziale Moral, keinen erhabenen politischen Idealismus und keine wirkliche Reform geben kann. Somit schloß er ein Konkordat mit dem Vatikan ab, und er versuchte, sich die Mitarbeit einer geeinigten evangelischen Kirche in Deutschland zu sichern. Die beste Gewähr für die Stabilität des Regimes ist vielleicht in dem eindringlichen sittlichen Eifer und dem enthaltsamen moralischen Leben dieses Mannes zu finden.

Zeichen der sittlichen Erneuerung Deutschlands sind überall zu sehen.

Das Hitler-Regime hat den unreinen Filmen ein Ende gemacht, die nächtlichen Straßen gesäubert und die Nacktklubs geschlossen. Es stellt durch seine Propaganda die untadelhaften alten deutschen Ideale wieder her. Bisher hat die Hitler-Regierung als einzige europäische Regierung das Problem der Nachkriegsjugend in Angriff genommen.

Anstatt zuzulassen, daß die Generation, die die Schule verlassen hat, aber noch nicht von der Industrie aufgenommen worden ist, beim Bezug einer Arbeitslosenunterstützung verkommt oder ohne Arbeitslosenunterstützung verhungert, hat Hitler die deutsche Jugend in Organisationen eingereiht, die den Geist mit gesunder Politik und moralischem Unterricht beschäftigt, den Körper durch gesunde Übungen ermüdet und die den jungen Menschen gleichzeitig Nahrung, Kleidung und Wohnung gibt.

Einer der stärksten Eindrücke, den der Besucher des neuen Deutschland empfängt, ist die fröhliche Stimme und das gesunde Gesicht des jungen Mannes, der in den Arbeitsdienst eingereiht ist. Dasselbe gilt von den Kindern. Im letzten Sommer wurden 1 200 000 Kinder nach den von der Regierung organisierten Lagern entsandt, um ihnen eine Sommerferienzeit zu geben. Überall sah man gesunde, braune Gesichter, glückliche, klare Augen, starke geschmeidige Gliedmaßen. Ja! Weil der Führer sagt, die Jugend sei der kostbarste Besitz einer Nation, und weil er sie zu Führern großzieht, die sein Werk nach ihm fortsetzen werden.

Schließlich glaube ich an Hitler, weil er für internationalen Frieden eintritt und nicht für den Krieg. Er mag den deutschen Delegierten befohlen haben, den Völkerbund zu verlassen, aber nur deshalb, weil dies der einzige Weg war, um Deutschland gerechte Behandlung zu sichern. Er mag das Recht zum Aufrüsten in Anspruch nehmen, aber nur deshalb, weil die Alliierten den Versailler Vertrag hinsichtlich ihrer eigenen Abrüstung nicht erfüllt haben.

Der Aufsatz schließt: Tatsächlich sind die Handlungen dieses bemerkenswerten Mannes so folgerichtig gewesen, daß die Zeit gekommen ist, wo die britische Nation, die für ihre faire Behandlung anderer berühmt ist, ihm ihre uneingeschränkte Billigung und ihr uneingeschränktes Vertrauen schenken sollte.

L'incorruptible

Ein Wort über die „Frankfurter Zeitung"

Als wir am 3. Februar Walter Franks Abrechnung mit dem Historiker Hermann Oncken veröffentlichten, waren wir uns bewußt, einen entscheidenden Vorstoß gegen jenes getarnte Zersetzungszentrum zu führen, dessen Sprachrohr die „Frankfurter Zeitung" ist. Unser Vorstoß ist verstanden worden. Verstanden in den Reihen der Anhänger unserer Bewegung und unseres Staates: das beweisen uns die zahllosen begeisterten Zuschriften aus dem ganzen Reich, die diesen Artikel als eine Erlösung vom lastenden Druck der Empörung über die wachsende Anmaßung des genannten Blattes freudig begrüßten. Verstanden aber auch von denen, die getroffen werden sollten. Das beweist der Leitartikel, mit dem die „Frankfurter Zeitung" eben auf unsere Veröffentlichung geantwortet hat.

Es ist charakteristisch, wie diese Antwort erfolgt. Die „Frankfurter Zeitung" stellt sich zunächst mit einem frommen Aufschlag ihrer großen unschuldigen Kinderaugen so, als ob sie allen Ernstes unsere Veröffentlichung über Hermann Oncken für eine Privatarbeit halte. Sie spricht von „diesem und jenem", der „mit einer Autorität, die er sich selbst verleiht" und „ohne dazu ermächtigt zu sein" sich „auf den Nationalsozialismus beruft".

Selbstverständlich weiß das Blatt genau, daß das Zentralorgan der nationalsozialistischen Bewegung Deutschlands nicht an führender Stelle und in größter Aufmachung eine harmlose Privatarbeit veröffentlicht. Das wäre auch dann jedermann klar, wenn der Verfasser nicht der Referent für Geschichte beim Beauftragten des Führers für die weltanschauliche Erziehung wäre und wenn er seinen Angriff nicht, wie das bei seiner grundsätzlichen Bedeutung selbstverständlich war, nur mit voller Billigung des Beauftragten des Führers für die weltanschauliche Erziehung, Reichsleiter Alfred Rosenberg, veröffentlicht hätte.

Aber die „Frankfurter Zeitung" braucht ja ihre Zweckkonstruktion. Sie braucht sie, um den klaren Tatbestand zu tarnen, daß sie gegen die Kulturpolitik der nationalsozialistischen Bewegung eine unterirdische Opposition zu sammeln sucht.

Mit welchen Mitteln geschieht das?

Man würde es verstehen, wenn das Blatt die ihm durch die Großherzigkeit der nationalsozialistischen Regierung gewährte Meinungsfreiheit dazu benutzte, um zu dem Inhalt unserer Veröffentlichung Stellung zu nehmen. Wenn es über wissenschaftliche Objektivität und historischen Relativismus, über das Wesen des Glaubens, über Kaktion und Kontemplation in der Wissenschaft diskutierte. Oder wenn es sich der Mühe unterzöge, die „Wandlungen im Geschichtbild" seines Schützlings, von den Kaiserreden über die Republikreden zu den Cromwell-Reden, zu erläutern und zu rechtfertigen.

Von dem allen ist keine Rede.

Man fasse einen Juden, weil er einen Diebstahl begangen hat — er wird schreiend erweisen, daß er nie einen Mord begangen habe . . .

Nach dieser Taktik schreibt die inkorruptible journalistische Helferin des inkorruptiblen Historikers.

Wir haben gegen einen ganz bestimmten Vertreter einer ganz bestimmten Wissenschaftsidee ganz bestimmte, durch Tatsachen erwiesene Vorwürfe erhoben.

Die „Frankfurter Zeitung" antwortet mit dem Schrei, man wolle offenbar „die Geisteswissenschaften beiseite werfen, weil Historiker, Theologen und Philosophen nicht alle so jung sind, daß sie kein Vorleben und keine Überzeugungen haben, die mit der Vergangenheit verknüpft sind".

Wir erweisen, daß alles Suchen großer Wissenschaft ein inneres Verhältnis zu einem Glauben, zu einem „Standpunkt" haben muß, und daß jene Wissenschaft der Epigonen, die den Glauben a priori ablehnte und sich beim allgemeinen Relativismus resignierte, zum unfruchtbaren Alexandrinertum gelangte.

Die „Frankfurter Zeitung" bringt die Seelen ihrer Leser zum Kochen, indem sie

Mitwirkung der Wirtschaft bei der Rückgliederung des Saarlandes

dnb. **Berlin**, 12. Februar

Der Leiter der Reichswirtschaftskammer, Regierungsrat a. D. Ewald Hecker, wendet sich an die gesamte gewerbliche Wirtschaft mit der Aufforderung, insbesondere durch Achtung der nachstehenden Gesichtspunkte dazu mitzuhelfen, daß Übergangsschwierigkeiten bei der Rückgliederung des Saarlandes vermieden werden:

1. Die saarländische Industrie verliert durch die Verlegung der Zollgrenze einen großen Teil ihres bisherigen Absatzgebietes. Hierfür muß auf dem innerdeutschen Markt Ersatz geschaffen werden, damit die arbeitenden Volksgenossen nicht beschäftigungslos werden. Bei der Größe des deutschen Marktes bleibt für den Absatz der saarländischen Erzeugung Raum, ohne daß hierdurch irgendjemand in dem übrigen Deutschland aus seinem Absatzgebiet verdrängt zu werden braucht. Die Saarindustrie kann vielerlei liefern.

Ich bitte daher gerade den Einzelhandel, Aufträge auf saarländische Fertigerzeugnisse bereits jetzt zu vergeben und späterhin ihren Absatz durch erhöhte Werbung zu fördern. Ich bitte aber auch die Industrie und den Großhandel, auf jeden Fall Aufträge in das Saarland zu legen. Jede Bestellung hilft mit, die Übergangszeit zu erleichtern. Die Handelskammer Saarbrücken ist gern bereit, nähere Auskünfte über Bezugsquellen im Saargebiet zu geben.

2. Andererseits muß dringend davor gewarnt werden, eine Überfülle von Angeboten in das Saargebiet zu legen, insbesondere, soweit hier Waren zu Preisen angeboten werden, die unter den entsprechenden Preisen im sonstigen Deutschland liegen.

Die Erfahrung der letzten Zeit hat gezeigt, daß in deutschen Wirtschaftskreisen die Aufnahmefähigkeit des saarländischen Marktes ganz außerordentlich überschätzt wird. Demgegenüber ist festzustellen, daß dieser zunächst schonungsbedürftig ist und die dort lagernden Vorräte und Erzeugnisse der Saarindustrie selbst aufnehmen muß. Diese würde aber zum Erliegen kommen müssen, wenn sie einem hemmungslosen Wettbewerb derjenigen Industrien aus den übrigen Teilen des Reiches ausgesetzt würde, welche sich bereits seit zwei Jahren der Vorteile erfreuen, die ihnen die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik geschaffen hat. Zurückhaltung bei Angeboten nach dem Saargebiet ist daher geboten. Erscheinungen, wie sie bereits in einer übertriebenen und den Verhältnissen des Saarmarktes völlig unangemessenen Werbung zu beobachten sind, müssen wieder verschwinden.

Die Rückkehr der Saar wird für die deutsche Wirtschaft große Vorteile mit sich bringen, aber sie darf nicht zu einem unbilligen Wettrennen der Geschäftemacherei von einzelnen führen. Auch hier muß der einzelne sich des Vorranges bewußt sein, den der Gemeinnutz der Deutschen und damit auch der Saarwirtschaft vor dem Eigennutz des einzelnen hat.

Ehrung deutscher Seeleute durch die französische Regierung

dnb. **Bremen**, 12. Februar

Eine hohe Auszeichnung wurde der wackeren Besatzung des Motorrettungsbootes des Lloyd-Dampfers „Dresden" im Auftrage der französischen Regierung zuteil. Dampfer „Dresden", der sich auf einer Kraft-durch-Freude-Fahrt befand, kam am 16. Mai vorigen Jahres auf Notrufe einem französischen Marineflugboot zu Hilfe, das bei steifem Nordwest 30 Meilen nördlich von Dünkirchen im Kanal auf einer Sandbank gestrandet war. Der Besatzung des Rettungsbootes gelang es, die fünfköpfige Besatzung des Flugbootes trotz heftiger Brandung und wildbewegter See glücklich zu bergen.

Am Dienstagvormittag versammelten sich die sechs Mitglieder der Besatzung des Rettungsbootes unter Führung des Kapitäns Petermöller der „Dresden" im Verwaltungsgebäude des Norddeutschen Lloyd, wo ihnen in Anwesenheit des Vorsitzenden des Vorstandes des Norddeutschen Lloyd, Dr. Firle, und der übrigen Mitglieder des Vorstandes der französische Konsul Eybert mit Worten herzlicher Anerkennung und Dankes für die mutige Rettung die französische Silberne Rettungsmedaille 1. Kl. und Kapitän Petermöller das Offizierskreuz des Ordens für Verdienste zur See überreichte. Außerdem wurde der ehemaligen Besatzung der „Dresden" ein wertvoller silberner Pokal mit Widmung gestiftet.

Nach der italienischen Teilmobilmachung gegen Abessinien

Was wird zwischen Italien und Abessinien?

München, 12. Februar

In der Hauptstadt Abessiniens, in Addis Abeba, herrscht wegen der Verstärkung der italienischen Militärstationen in Erythrea und Somali-Land, wegen der letzten Zwischenfälle und der Mobilisierung zweier italienischer Divisionen große Beunruhigung. Die Frage, ob man es italienischerseits mit einer bloßen Demonstration oder aber mit einer ernstlichen Kriegsvorbereitung zu tun habe, ist noch nicht entschieden. Abessiniens König jedenfalls hat angeordnet, daß sich die an der Grenze lebenden Stämme jeglicher feindlichen Stellungnahme enthalten. Nun werden sicherlich auch in der nächsten Zukunft Zusammenstöße nicht zu vermeiden sein; denn man muß sich die Tatsache klar machen, daß auf weite Strecken, über Hunderte von Kilometern eine fest liegende Grenze ja gar nicht besteht, und daß deshalb jeweils die Ansicht des einen oder des anderen Teils maßgebend ist, wo die Grenze als richtiggehend betrachtet wird!

Der notwendigste und erste Schritt zur Beilegung der Krise an der italienisch-äthiopischen Grenze wäre also zunächst eine gegenseitige friedliche Festlegung genauer Grenzverhältnisse. Was die drohenden Gefahren eines Krieges betrifft, so ist zu berücksichtigen, daß die Politik des Herrschers nicht von allen Fürsten Abessiniens gutgeheißen wird. Die kriegerischen Stämme in den Bergen lieben die Freiheit und bringen ihr Selbständigkeitsgefühl gerne durch Sonderunternehmungen zum Ausdruck. Gewiß hat Italien heute in Mogadischo und in Assab Truppen, Tanks, Munition und Flugzeuge gelandet und sammelt auch in Messina und Trappani Mannschaften seines Jahrganges 1911. Diese Maßnahmen dürfen — abgesehen von ihrer demonstrativen Abzweckung — lediglich als Vorkehrung betrachtet werden und natürlich nur für solche Möglichkeiten, in denen die selbständig vorgehenden abessinischen Stämme den italienischen Kolonialstationen gefährlich werden könnten; Italien schützt seine Grenzposten und läßt sie nicht allein stehen.

Die gespannten Beziehungen könnten beseitigt und friedlich beigelegt werden, wenn man sich gegenseitig verstehen und entgegenkommen wird. Für einen regelrechten Krieg in Abessinien bedarf es jedenfalls einer Riesenarmee und mit riesigem Material dazu. Denn in Abessinien lebt kein Gegner, der geschlossen auftritt, sondern einer, der den Klein- und Einzelkrieg liebt, und in den weiten, oft sehr wasserarmen Gegenden und wilden Gebirgszügen von vornherein in besserer strategischer Lage sich befindet.

Man darf gespannt sein, wie die Lage sich weiter entwickeln wird, und ob es doch noch zur Verwirklichung jenes großen Schlages gegen Abessinien kommt, den man in Frankreich befürchtet und dessen Ergebnis englische Stimmen als ein „zweites Marokko" schon jetzt bezeichnen.

K. T.

Aufregung in Abessinien

ins. **Addis-Abeba**, 12. Februar

Die italienische Teilmobilisierung von zwei kriegsstarken Divisionen für evtl. Verwendung zum „Schutz der Grenze von Erythrea und Italienisch-Somali-Land" wird zwar von amtlicher Seite ignoriert und keine Stellung dazu genommen, aber es steht außer Zweifel, daß man sich hier des Ernstes der Lage voll bewußt ist. Wie verlautet, wird die abessinische Regierung in aller Stille Maßnahmen treffen, um sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten.

Von nichtamtlicher Seite wird erklärt, man befürchte in abessinischen Kreisen eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten beim Eintreten der Regenperiode, die einen Transport von Truppen und eine Gefechtstätigkeit eher zuläßt als die regenlose furchtbare tropische Hitze.

Man glaubt ferner, daß die italienische Regierung nach einem Vorwand suchen wird, ihre militärischen Maßnahmen in den Augen der Welt zu rechtfertigen und man stellt sich das weitere Vorgehen der Italiener so vor, daß irgendwelche Provokationen an der Grenze erfolgen werden, die dann notwendigerweise zu Zusammenstößen führen müßten. Daraufhin würde man dann von italienischer Seite einen regelrechten Angriff inszenieren mit der Begründung, daß eine große militärische Aktion absolut notwendig geworden wäre. Die Regierung sieht den etwaigen Ereignissen mit Ruhe entgegen und versucht nach Auffassung neutraler Beobachter alles, um auf die Bevölkerung und die Grenzstationen beruhigend einzuwirken.

Der Eindruck in Tokio

dnb. **Tokio**, 12. Februar.

Die italienischen militärischen Vorbereitungen gegen Abessinien haben die größte Aufmerksamkeit der japanischen Presse erregt. Das japanische Außenministerium hat es aber abgelehnt, im gegenwärtigen Augenblick zu der Lage Stellung zu nehmen, da bisher noch kein Bericht aus Rom eingetroffen sei, der es gestatte, einen Überblick über die Verhältnisse zu gewinnen. In japanischen politischen Kreisen werden die Sympathien für Abessinien nicht verheimlicht. Die italienische Politik habe in der letzten Zeit kein großes Verständnis in Japan gefunden, und die unklare Haltung Italiens gegenüber Japan mit Bezug auf Rußland und die italienische Politik in Europa könne von den japanischen politischen Kreisen nicht ganz gebilligt werden.

(Weitere Meldungen siehe Seite 2)

B 039033

berichtet, daß nach unserer Ansicht bereits „das Suchen (nach wissenschaftlicher Wahrheit) Skeptizismus, Relativismus und darum des Teufels" sei, daß also „das heilige Feuer" des „wissenschaftlichen Denkens" wohl nur noch „in verborgenen Studierzellen" gehegt werden könne.

Man könnte über diese unlautere Verschiebung des Diskussionsgegenstandes vielleicht lächeln. Aber leider hat sie eine ernste Seite:

Diese Art der Berichterstattung vermittelt dem Ausland — das naturgemäß über den fraglichen Fall keine eigene Meinung besitzt — die Vorstellung, als ob in Deutschland das Ende der Geisteswissenschaft hereinbrechen solle, wo doch nur das Ende eines bestimmten Repräsentanten der liberalistischen Wissenschaft gekommen ist.

Oder sollte gar dieser Aufsatz der „Frankfurter Zeitung" eine Art von „großem Notzeichen" des freimaurerischen Liberalismus sein, um moralische Unterstützungen auch aus dem Auslande zu erwirken?

Es ist unnötig, auch nur ein Wort darüber zu verlieren, daß alle Täuschungsversuche an der Zielklarheit und Entschlossenheit der nationalsozialistischen Bewegung wirkungslos vorübergehen würden.

Aber es ist vielleicht nicht unnötig, heute die ernste Frage auszusprechen: Wie lange die „Frankfurter Zeitung" noch diese Irreführung des Auslandes fortzuführen gedenkt?

Die Lage in Österreich am Jahrestag der Februarrevolte

Eigener Bericht des Völkischen Beobachters

z. Wien, 12. Februar

Am heutigen Morgen, dem Jahrestag der Februarrevolte, wurden in den Wiener Arbeiterbezirken massenweise marxistische Flugzettel verteilt, in denen dazu aufgefordert wurde, die für heute ausgegebenen Parolen des Lichtstreiks zwischen 7 und 10 Uhr abends und des Boykotts aller Gaststätten zu befolgen sowie zu demonstrieren. Gestern abend ereigneten sich eine Reihe von Zwischenfällen. So wurde in dem Wiener Arbeiterbezirk Meidling ein großes Transparent an einem Hause angebracht, auf dem in großen roten Buchstaben zu lesen war: „Wir kommen wieder!".

Im Arbeiterbezirk Brigittenau hatten die Kommunisten einen Sowjetstern auf einem Dach montiert, den sie abbrennen ließen, wodurch großes Aufsehen hervorgerufen wurde. Ebenfalls gestern abend verhaftete die Wiener Polizei 20 sozialdemokratische Führer, bei denen die Photographie eines Agenten kenntlich gemacht wurden. Gleichfalls durch Verrat war es der Polizei schon am Sonntag gelungen, zwei auf dem Leopoldsberg bei Wien abgehaltene marxistische Versammlungen aufzuspüren und etwa 300 Teilnehmer zu verhaften.

Verschiedene Sabotageakte

werden aus der Provinz gemeldet. So wurde gestern in Eberschwang in Oberösterreich durch einen Bombenanschlag ein Transformatorenhaus in die Luft gesprengt, wobei der Wärter durch eine Stichflamme getötet wurde. Von den Tätern fehlt jede Spur. Ebenso wurde bereits am Sonntag bei Ried die dortige Starkstromleitung beschädigt, wodurch eine allgemeine Lichtstörung verursacht wurde. Dieser Vorfall ereignete sich gerade während einer Versammlung in Ried, bei der der Arbeiterführer Kunschak eine Rede hielt. Auch hier konnten die Täter nicht festgestellt werden. Doch handelt es sich zweifellos in allen diesen Fällen um Marxisten.

Die Presse zum italienisch-abessinischen Konflikt

dnb. Paris, 12. Februar.

Die Teilmobilisierung Italiens im Hinblick auf die Vorgänge in Abessinien hat in französischen politischen Kreisen einiges Aufsehen erregt. Im übrigen sieht man die Lage nicht als gefährlich für den Frieden an, wenn auch das Risiko einer präzisen Politik nicht ganz ausgeschaltet wird.

Der „Petit Parisien" berichtet, daß die Handlungsweise Italiens in mehreren europäischen Hauptstädten und in Genfer Kreisen Erregung ausgelöst habe. Die Stellung Italiens — Abessinien lasse sich mit der Japans in Mandschukuo vergleichen.

Die Zeitung „Quotidien", die stets gegen die von Laval in Rom eingetroffenen französisch-italienischen Abmachungen war, nimmt den Vorfall zum Vorwand, um aufs neue gegen die französisch-italienische Annäherung, die mit französischen Verzichtsleistungen verbunden gewesen sei, Stellung zu nehmen. Italien, so schreibt das Blatt, verberge seine militärischen Pläne nicht mehr. Man dürfe daher wohl annehmen, daß Italien vom Laval außer den Gebietsabtretungen auch noch Handlungsfreiheit in Abessinien erreicht habe. In welch schwierige Lage gerate dadurch der Völkerbund! Italien würde natürlich behaupten, Opfer eines Angriffes gewesen zu sein und die Abessinier würden entgegnen, daß sie sich auf abessinischem Gebiet befänden. Wie könne dann Genf eingreifen? Der Völkerbund habe schon zugelassen, daß China und Japan, daß Bolivien und Paraguay kämpfen; werde er jetzt gezwungen sein, auch noch zu sehen, wie Italien und Abessinien sich schlagen? Soll die Welt begreifen, daß den Großmächten alles erlaubt sei und die kleinen Mächte höchstens das Recht hätten, den Mund — halten?

•

dnb. London, 12. Februar.

Die Nachrichten aus Rom über militärische Vorsichtsmaßnahmen im Zusammenhang mit den abessinisch-italienischen Schwierigkeiten werden von der Londoner Presse ausführlich besprochen.

Die Lage wird allgemein zwar als unerfreulich, aber doch nicht als besorgniserregend betrachtet.

In einem Leitaufsatz der „Times" heißt es, die militärischen Vorsichtsmaßnahmen der italienischen Regierung würden sicher in Genf Enttäuschung hervorrufen, sie seien bedauerlich, aber sie könnten nicht als ungerechtfertigt verurteilt werden angesichts der untergeordneten Lage an der Grenze, wo die britischen Häuptlinge täten, was sie wollten. Von einer Regierung, der es nicht gelinge, ihre Stämmesmitglieder zu hindern, die Untertanen eines Nachbarlandes niederzumetzeln, könne man schwerlich erwarten, daß sie den Streitkräften ihrer selbständigen Häuptlinge und ungenügend unterworfenen Stämme strenge Disziplin auferlege. Auch dürfe man nicht vergessen, daß sich der Kaiser durch seine Bemühungen, die Sklaverei abzuschaffen und die Macht des Adels zu beugen, viele Feinde gemacht habe, die nur zu froh sein würden, ihn in weitere Schwierigkeiten mit Italien zu verwickeln.

„News Chronicle" bezweifelt, daß Italien, dessen finanzielle Lage erschüttert sei, auf einem fernen Kriegsschauplatz mit schwierigem Gelände alles aufs Spiel setzen werde, und daß es sich im Gegensatz zu den Interessen Frankreichs und Großbritanniens bringen werde. Die beiden Länder, auf deren Freundschaft Italien neuerdings so viel Wert lege. Abgesehen davon beginne in Abessinien bald die Regenzeit, die Operationen umfangreicher Art unmöglich machen. Italiens Schritt sei wohl nur als Warnung aufzufassen.

Im Gegensatz zur „Daily Mail", die betont, daß das britische Wohlwollen ganz auf der Seite Italiens sei, ergeht sich der „Daily Herald" in einer unwilligen Kritik Italiens und bemerkt, das vorliegende Beweismaterial deute darauf hin, daß sich der Schauplatz der Zusammenstöße auf abessinischem Gebiet befinde. Das Blatt fragt: Vertraut Mussolini darauf, daß die französische und britische Regierung ohne Rücksicht auf den Schaden für den Völkerbund ihm die Bahn freihalten werden, damit er einen Einmarsch in Abessinien vorbereiten kann? Oder rasselt er nur mit dem Säbel und macht kriegerischen Lärm, um seinen Faschisten zu zeigen, was für ein Teufelskerl er ist?

Berlins Studentenschaft protestiert gegen Vergewaltigung des Memellandes

dnb. Berlin, 12. Februar

Dienstagvormittag fand im Vorhof der Berliner Universität eine studentische Protestkundgebung gegen die Vergewaltigung des Memellandes statt. Viele hundert Studenten und Professoren nahmen an der Kundgebung teil. Ein Student hielt vom Balkon eine Ansprache. Seit 12 Jahren vollziehe sich im Memelland unter den Augen der Kulturmächte, die ihm die Autonomie verbürgt hätten, gröbster Rechtsbruch. Die deutschen Schulen würden zerschlagen, die Kinder ihrer Muttersprache beraubt und die Abgeordneten des Memellandes von ihrer Wirkungsstätte vertrieben.

Demgegenüber gelte es, in friedlichem Kampfe nicht mit kriegerischen Mitteln anzukämpfen. Jeder deutsche Student sei dazu berufen, diesen friedlichen Kampf zu führen. Der Protest der Studenten wende sich an die Unterzeichnermächte der Memelautonomie, die für den Bestand der deutschen Kultur des Memellandes einzustehen hätten.

Die Kundgebung fordere Wiederherstellung des verbrieften Rechtszustandes im Memelland. Sein Volk und seine Führer sollten das Bewußtsein haben, nicht verlassen in ihrem Kampfe zu stehen, sondern daß das Herz des deutschen Volkes mit ihnen schlage.

Mehr als 8 Millionen Reichsmark Arbeitsbeschaffung in Gera

dnb. Gera, 12. Februar

Die Stadtverwaltung Gera hat nach einer Mitteilung ihres Bürgermeisters Dr. Grimm in den Jahren 1933 und 1934 für Arbeitsbeschaffungszwecke rund 8 250 000 RM. verausgabt. Die erfreuliche Folge war, daß von den am 30. Januar 1933 erwerbslosen Einwohnern bis 31. Dezember 1934 nicht weniger als 75 v. H. wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden konnten. Für die Arbeitsschlacht im Jahre 1935 hat die Stadt Gera einen Betrag von rund 1 Million Reichsmark bereitgestellt.

Noch höher ist die Zahl der Wiederbeschäftigten im Kreise Stadtroda, der 1933 unter den ländlichen Kreisen Thüringens die höchste Erwerbslosenzahl aufwies. Hier sind nach dem Bericht des Landrates Dr. Herfurth in der ersten Kreisratssitzung 90 v. H. wieder in Arbeit gebracht worden.

Die Kaufleute des Todes

458% Kriegsdividende

„Die Alliierten haben vor uns auf den Knien gelegen, um Munition zu erhalten"

Sonderbericht des Völkischen Beobachters (1. Fortsetzung)

bw. Washington, im Februar

Senator Arthur H. Vandenberg bemerkte sehr kühl, „es sei doch als etwas paradox zu bezeichnen", daß während großer Abrüstungsreden gleichzeitig eine staatliche Unterstützung der amerikanischen Munitionsfabrikanten unternommen wurde.

Unter diesen Munitionsfabrikanten spielen die Herren du Pont die größte Rolle. Auf sie konzentrierte sich die Hauptarbeit der ersten Untersuchungen. Vier Herren du Pont mußten sich vor der Kommission verantworten und sich folgende, ihnen sehr bekannte Tatsachen vorhalten lassen:

„**Die E. I. du Pont de Nemours & Co. hat während des Krieges einen Umsatz von 1 245 000 000 Dollar erzielt und eine Dividende von insgesamt 458 Prozent ausgeschüttet.**"

47 Millionen Dollar des Gewinnes wurden nach dem Kriege dazu verwandt, sich an den „General Motors Co." zu beteiligen.

Die „du-Pont"-Munitionsfabrik verfügte im Jahre 1913 über ein Kapital von 36 Millionen Dollar — im Jahre 1918 betrug dieses Kapital rund 2 000 000 000 Dollar.

1914 wurde ein Umsatz von 19 Millionen erreicht; 1915 — 319 Millionen, 1916 — 182 Millionen, 1917 — 313 Millionen und 1918 410 Millionen Dollar.

Diese Zahlen wiesen mehr und mehr darauf hin, daß jeder private Gewinn aus Kriegen ausgeschlossen werden müßte. Die Munitionsfabrikation müßte unter Regierungskontrolle gestellt werden. Hierzu sagte Irenée du Pont, einer der leitenden Brüder:

„Die Munitionsfabrikation unter Regierungskontrolle bringen, wird heißen, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines Krieges mindestens ein Jahr in ihrer Ausrüstung hinter den anderen Ländern zurück sein werden."

„**Die E. I. du Pont de Nemours & Co. war es, die die Vereinigten Staaten davor gerettet haben, eine deutsche Kolonie zu werden.**"

„Hätten wir, du Ponts, die Alliierten nicht mit Munition beliefert, wer hätte es sollen?"

„Die Franzosen versuchten während des Krieges, mit ihrer eigenen Munition auszukommen, mußten aber zu uns kommen, da ihre Industrie nicht ausreichte. Deutschland mit der Fabrikation der Munition in eigenen Händen hatte genug für sich und Österreich", führte du Pont weiter aus.

Senator Homer T. Bone aus Washington fragte daraufhin erregt: „Woher wissen Sie, daß das amerikanische Kriegsministerium nicht dasselbe kann, wie Sie?"

„Erfahrung hat uns dies gelehrt", war die Antwort.

Weiter: „**Unsere Transaktionen während des Krieges werden immer als eine Art Schandtat hingestellt.**

Bisher ist noch kein Wort darüber gesagt worden, daß die Alliierten vor uns auf den Knien gelegen haben, um Munition zu erhalten."

„Und aus diesem Grunde konnten Sie Preise fordern, die den Wert weit überstiegen", wurde von Präsident Nye eingewandt.

*

Präsident Roosevelt hatte jegliche Munitionslieferungen nach Südamerika gesetzlich verboten, um so dem Chacokrieg möglichst schnell ein Ende zu bereiten. Du Ponts Vertreter in Südamerika wurde von Paraguay um Quotierungen gebeten, aber er mußte ablehnen. Er gab die Anfrage an die Vertreter der I.C.I. (Imperial Chemical Industries Ltd.) weiter, mit denen die du Ponts verbündet sind.

N. E. Bates, du Ponts Vertreter, schrieb folgenden Brief an die I.C.I.-Leute, der wie folgt veröffentlicht wurde:

Montevideo, 11 Juni 1934.

Imperial Chemical Industries Ltd., Sec. Amer. Commercial and Industrial Tucuman, Buenos Aires, Argentinien.

Sehr geehrte Herren!

Leider sind wir nicht in der Lage, dem Herrn Manuel Ferraira irgendwelche Preise zu quotieren, da Präsident Roosevelt jegliche Lieferungen von Munition an Paraguay oder Bolivien gesetzlich unterbunden hat. Wir haben daher die Anfrage an die I.C.I. in London direkt gegeben; diese wird an sie quotieren, da in England keine Restriktionsmaßnahmen vorgenommen worden sind. Wir bitten Sie also, an Feraira die Preise weiterzugeben.

Für die E. I. du Ponts de Nemours & Co.
N. E. Bates.

Senator Vandenberg meinte: „Es sei der einfache Wunsch des Präsidenten gewesen, den Kampf zwischen Bolivien und Paraguay nicht noch durch Munitionslieferungen aus den Vereinigten Staaten zu unterstützen, sondern ihn möglichst schnell durch Unterbindung derartiger Lieferungen zu beenden. **Wenn Sie, Herr du Pont, gegen sein Gesetz indirekt verstießen, indem Sie Munition über England versandten, an dessen Gewinn Sie interessiert waren, so ist dies nicht als einwandfrei zu bezeichnen.**"

Es wurde eingewandt, daß die englische I.C.I. den Auftrag auch ohne die Zwischenhandlung von du Ponts bekommen hätten.

Zu der Abmachung zwischen den Imperial Chemical Industries Ltd. und den E. I. du Pont de Nemours & Co., Ltd., wurde folgendes Telegramm der du Ponts an ihren Vertreter in Paris, Colonel W. N. Taylor, veröffentlicht:

11. November 1932.

„Abmachung gilt für alle Lieferungen nach dem Kontinent. Es ist nicht notwendig, daß eine besondere Klausel ausgemacht wird, die die Gewinnverteilung festlegt. Wir werden die Verkäufe wie in unserer Südamerika-Abmachung behandeln. Wir akzeptieren die genannten Zahlen gegenseitig ohne jede Kontrolle. Jegliche Auseinandersetzung über die Art und Weise der Gewinnverteilung können uns gefährlich werden. Die Zahlungen werden Kommissionen genannt; in unserer Abmachung wird nichts von Gewinnen erwähnt. Unsere Vereinbarungen beruhen auf gegenseitigem Vertrauen und sind auch so zu behandeln."

(Fortsetzung folgt)

Der Führer gratuliert Julius Streicher zu seinem 50. Geburtstag

Eigener Bericht des Völkischen Beobachters

dr. Nürnberg, 12. Februar

120 der ältesten Parteigenossinnen und Parteigenossen des Gaues Franken hatte Julius Streicher am Montag, dem Vorabend seines 50. Geburtstages, zu Gast geladen. Auf seinen Befehl hin wurden die Einladungskarten an die weniger Begüterten ausgegeben. Erwartungsvoll saßen die 120 an weißgedeckten, festlichen Tischen im kleinen Saal des „Deutschen Hofes". Und sie alle, die sich aus den langen Jahren des Kampfes kennen, begrüßten sich, wie alte Freunde es tun, und in den Gesichtern sah man die Freude leuchten, die sie an diesem Tage erfaßt hatte. Sie alle blickten nach der großen Eingangstür, durch die Streicher kommen mußte und mit ihm — das hatte sich rasch herumgesprochen — der Führer, den es gedrängt hat, als erster Gratulant seinem alten, treuen Mitarbeiter die Hand zu drücken.

Endlich sprang diese Türe, an der 120 Augenpaare voll höchster Erwartung hingen, weit auf. Herein trat der Führer, begrüßt von dem Jubelruf dieser alten treuen Gefolgsleute. Ein zweiter Heilruf begrüßte Julius Streicher und weitere Zurufe alle die anderen, den Reichspressechef Dr. Dietrich, Gruppenführer Brückner, den stellvertretenden Gauleiter Holz, Polizeipräsident Dr. Martin, den Gaustab und die Führer der Nürnberger Parteigliederungen.

Nach der Ansprache Julius Streichers, der auf die schweren Jahre des gemeinsamen Kampfes zurückblickte und den Sinn dieser seiner Geburtstagsfeier dahin deutete, daß er unter seinen ältesten Kampfgenossen immer wieder die Kraft finde, weiterzukämpfen, und der in jedem Satz die Freude über den unerwarteten Besuch des Führers mitschwingen ließ, sprach

Adolf Hitler

in zu Herzen gehenden Worten zu seinen alten Kampfgefährten und dessen Getreuen. Der Führer wies einleitend darauf hin, daß es ihm eine besondere Freude bereite, zu diesem Ehrentag Julius Streichers für kurze Zeit in Nürnberg, der Stadt kampfgehärteter nationalsozialistischer Gemeinschaft, in diesem Kreis der Fahnenträger der nationalsozialistischen Idee durch viele Jahre hindurch, zu weilen.

Sowie sie alle in den Jahren der Not unerschütterlich an den Sieg der Bewegung geglaubt hätten, so habe insbesondere sein Freund und Kampfgenosse Streicher allezeit treu an seiner Seite gestanden. Dieser unerschütterliche Glaube sei es gewesen, der Berge versetzt habe.

Es sei für Streicher sicherlich ein erhebendes Gefühl, daß dieser 50. Geburtstag für ihn nicht nur die Wende eines halben Jahrhunderts, sondern wohl eines Jahrtausends deutscher Geschichte sei. In Streicher habe er einen Gefährten, von dem er wisse, daß hier in Nürnberg ein Mann sei, der keine Sekunde wanke und in jeder Lage unbeirrbar hinter ihm stehe.

Der Führer wandte sich dann noch mit besonderer Wärme an die versammelten alten Parteigenossen. Es sei sehr schön, wenn man sich unter solchen Umständen wie heute einmal wieder treffen könne. Es sei dies eine schöne Erinnerung an die Vergangenheit und ein starkes Band des Glaubens für die Zukunft. Sie alle, die durch die schwerste Schule gehen mußten, seien gewappnet, um auch beharrlich zu sein gegenüber allen Prüfungen in der Zukunft. Er sei zu ihnen gekommen, um ihnen für ihre Treue und Liebe zu danken, und um Julius Streicher auch für das kommende Jahr und alle Zukunft alles Gute zu wünschen.

Während des Abendessens ging Julius Streicher von Tisch zu Tisch und schüttelte die Hände, die sich ihm entgegenstreckten. Bei einigen alten Parteigenossen verweilte er längere Zeit, dankte ihnen besonders für ihre Treue und erzählte von Erinnerungen, die ihn mit ihnen verbindet. Insbesondere dem alten, 80jährigen Hauenstein, den jeder kennt, der je den Weg in die Nürnberger Versammlungen gefunden hat, drückte er immer wieder die Hand.

Dann brach der Führer auf. Stürmische Heilrufe sagten ihm, daß er jedem dieser 120 durch seinen Besuch glücklich und stolz gemacht hat. Man sah am Ausgang des Saales eine alte Frau, die ihre Hand hob und eine mütterliche Bewegung machte, als wollte sie den Mann streicheln, an den sie 14 Jahre hindurch unerschütterlich geglaubt und der alle ihre Erwartungen erfüllt und übertroffen hat. Dann aber straffte sich dieser Arm und grüßte so stramm, als gehörte er einem der SS.-Männer, die draußen wie in Stein gemeißelte Figuren Spalier standen.

Die Bayer. Staatsregierung gratuliert Julius Streicher

LPM. München, 12. Februar

Ministerpräsident Siebert hat dem Gauleiter Julius Streicher zu seinem 50. Geburtstag seine und der Bayerischen Landesregierung aufrichtige Glückwünsche übermittelt.

Die Kameradschaftsschicht

Winterhilfsspende der Reichsbahn Halle

dnb. Halle, 12. Februar

Einen Beweis vorbildlicher Opferbereitschaft gab die 2365 Mann starke Gefolgschaft der Bayerischen Stickstoff-Werke in Piesteritz, im Kreise Wittenberg, die sich aus eigenem Antrieb bereit erklärte, eine volle Schicht zugunsten des Winterhilfswerkes zu arbeiten und den Gesamtschichtlohn von 13 073,84 Mark dem Winterhilfswerk zur Verfügung stellte.

Das Gesamtpersonal der Reichsbahndirektion Halle hat vom November 1934 bis Ende Januar 1935 insgesamt rund 155 150 Mark für das Winterhilfswerk gespendet.

In Kürze

Der Führer beglückwünscht den Papst. Der Führer und Reichskanzler hat Seiner Heiligkeit dem Papst zum Krönungstag drahtlich herzliche Glückwünsche übermittelt.

Feierliches Pontifikalamt in der Hedwigs-Kathedrale zum Papst-Krönungstag. Aus Anlaß der Wiederkehr des Krönungstages Seiner Heiligkeit des Papstes Pius XI. zelebrierte am Dienstagvormittag der Apostolische Nuntius Cesare Orsenigo in der St.-Hedwigs-Kathedrale ein feierliches Pontifikalamt. Als Vertreter des Führers und Reichskanzlers wohnte Reichsverkehrsminister und Reichspostminister Freiherr von Eltz-Rübenach der Feier bei. Außerdem bemerkte man Vertreter der Ministerien, der Wehrmacht, sowie einen Vertreter des Saarbevollmächtigten Bürckel.

Hannover soll die Stadt der Hauskonzerte werden. Der 15. Februar wird für das Musikleben der Stadt Hannover ein Tag von erheblicher Bedeutung werden, findet doch an diesem Tage 50 Hauskonzerte statt. Damit wird ein Gedanke verwirklicht, der das Ende Januar vom Landeskulturverwalter, vom Oberbürgermeister, vom Leiter der Ortsmusikerschaft vor einem kleinen Kreis geladener Volksgenossen entwickelt worden ist. Durch diese Gründungsveranstaltung von Hauskonzerten soll das kulturelle Leben der Stadt Hannover einen mächtigen Impuls erfahren und zum anderen die Künstlernot gelindert werden.

Fortsetzung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Paris. Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen werden in Paris fortgesetzt. Die deutsche Abordnung ist unter Führung des Ministerialdirektors Dr. Ritter am Sonntagabend in Paris eingetroffen. Da der saarländisch-französische Grenzverkehr ebenso wie die Kontingente durch den Notenaustausch der Abordnungsführer in Berlin vorläufig geregelt sind, nimmt man an, daß es sich jetzt in der Hauptsache um Fragen des Verrechnungsverkehrs handelt.

Beginn des Wiener Prozesses gegen Ingenieur Hamburger. Vor dem Wiener Militärgerichtshof begann am Dienstag der Prozeß gegen den Ingenieur Fritz Hamburger, der beschuldigt wird, bei der Aufständischen des 25. Juli Waffen beschafft zu haben.

Randbemerkungen des „VB."

Eine dringliche Arbeit

für jene, die Pakte vorschlagen

Wer durch das Memelgebiet reist, wird bei völlig unparteiischer Einstellung die Beobachtung machen, daß in diesem Gebiete Zustände herrschen die glattweg als unhaltbar bezeichnet werden müssen. Daß diese Zustände bestehen und daß der pakteifrige Westen davon nichts sehen will, festigt in Deutschland das Empfinden, daß noch immer mit zweierlei Maß gemessen wird.

Während die Fahne der theoretischen Gleichberechtigung geschwenkt wird, bleibt die der praktischen noch immer eingerollt! Es herrschen doch im Memelgebiet Zustände, die nachgerade zum Himmel schreien. Daß aus dem Umstand der völligen Stille im Lager derer, die als Urverantwortliche für diese unhaltbaren Zustände zeichnen, Deutschland erkennt, daß von einer wahrhaften Gleichberechtigung noch nicht die Rede sein kann, kann ihm nicht übel genommen werden.

Deutschland will nicht, daß an Rechten, die ihm zustehen, langatmig und zögernd herumkonstruiert wird, sondern steht auf dem Standpunkt, daß ein gemachter Fehler, als der sich die Dinge um das Memelgebiet offensichtlich zeigen, in anständiger und vernünftiger Weise, ohne Haß und Waffen, gutgemacht wird.

Und zwar von jenen gutgemacht wird, die den Fehler begingen. Wird darüber hinweg zur Tagesordnung übergegangen (siehe Pakte) so muß Deutschland auf diese Weise immer wieder erkennen, daß es praktisch nicht als gleichberechtigt betrachtet wird.

Der ewige Jude

Das Judentum ist sich im Laufe seines wenig rühmlichen geschichtlichen Auftretens immer gleich geblieben: Ein ruhelos wanderndes Parasitenvolk! Während sich die anderen Völker früher oder später im Raumkampfe der Völkerwanderungszeit zur Seßhaftigkeit zwangen und als erste Zeugen einer höheren Kultur ihr täglich Brot in Blut und Schweiß der errungenen Scholle abkämpften, blieb der Jude nach wie vor Nomade, unstet und unnahbar. Überall dort gab er zunächst unmerklich, dann aber herausfordernd seine Visitenkarte ab, wo die Kräfte der Zerstörung die Oberhand gewonnen hatten und ihm damit Gelegenheit gegeben war, im trüben Pfuhle menschlicher, vom Juden selbst aufgeputschter Leidenschaft zu fischen. So wurde die ganze Welt zur „Heimat" des Judentums, da ihm jedwede staatsbildende Befähigung und vor allem der Wille zu einem sozialen Zusammenschluß auf staatlicher Grundlage fehlt. Die dem kaltberechnenden Geschäftsdrange des Juden am meisten zusagende Lebensform ist im Anarchismus zu suchen. Damit kann der Semite auf Grund seiner soziologischen Einstellung niemals ein förderndes Mitglied eines geordneten staatlichen Gemeinwesens sein. Es zieht ihn instinktiv dorthin, wo anarchistische Mißwirtschaft die Materie über den Geist siegen ließ.

In Deutschland von Weimar hatte Juda eine derartige Heimstätte gefunden bis auf den Tag da dank der nationalsozialistischen Aufklärungsarbeit die Erkenntnis Gemeingut der Masse wurde, daß die Rassenfrage der Schlüssel zur Weltgeschichte ist und Juda seine einzige geschichtliche Sendung in der Zersetzung der Völker erblickt. In letzter Zeit nahm sich einmal wieder der neue Staat der Sauberkeit und Ordnung einiger besonders hervorstechender Fälle jüdischer Unverfrorenheit an. Zunächst mußte das Vermögen des Fabrikanten Bauernfreund, Fürth, das sich dieser in seinem brüderlichen Einvernehmen mit den systemtreuen Regierungsstellen des Novemberbayerns ergaunert hatte, aber „leider" infolge der Wachsamkeit der nationalsozialistischen Polizei nicht mehr rechtzeitig über die Grenze bringen konnte, beschlagnahmt werden. Damit ist eine Episode abgeschlossen, die zwar schon längere Zeit die Gemüter der Öffentlichkeit erregte, aber erst im Deutschland Adolf Hitlers in ihrer Reichweite bis zu den Amtsräumen ehemaliger Ministerialräte in allen Einzelheiten dem Volke unterbreitet wurde. Es ist wirklich peinlich für das geifernde Judentum jenseits der Grenzen, daß ausgerechnet zum gleichen Zeitpunkt in Frankfurt ein jüdisches Warenhaus in Flammen aufging und die sofort eingeleiteten Untersuchungen einwandfrei auf vorsätzliche Brandstiftung schließen lassen. Wir wollen zwar den Nachforschungen der Staatsanwaltschaft nicht vorgreifen, erlauben uns aber dennoch die Feststellung, daß die ganze Angelegenheit sehr stark nach Versicherungsschwindel riecht. Dem Judentum, das heute vor aller Welt um Gnade und Obdach winselt, ist einmal wieder die Maske vom Gesicht gerissen.

DIE BRENNESSEL

Hauptschriftleiter Alfred Rosenberg; stellvertretender Hauptschriftleiter: Wilhelm Weiß; Chef vom Dienst der Münchener Schriftleitung: Josef Berchtold; verantwortlich für Politik und Bewegung: Josef Berchtold; für Kulturpolitik, Theater, Film, Rundfunk, Musik usw.: Dietrich Loder und Heinz Frank; für Wirtschaft: Paul Cotta; für Sport: Ludwig Haßmann; für Unpolitisches, Provinznachrichten, Bilder usw.: Josef Reitinger; für die Anzeigen der vorl. Ausgabe verantwortlich: Ernst v. Metternhagen; sämtliche in München. Verlag: Franz Eher Nachf., G. m. b. H., München. Druck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn G. m. b. H., München.

Durchschnittsauflage für den Monat Januar 1935:

Süddeutsche Ausgabe	91 496
davon Münchener Ausgabe 45 668	
Norddeutsche Ausgabe	251 042
davon Berliner Ausgabe 180 581	
davon Potsdamer Ausgabe 5 548	
Gesamtauflage des „V.B."	342 538

B 039034
H3702 – 0005

H3702-0005A
GB-1821

H-3702

GB-182
M-8

GB-182 M-8

H3702 – 0006

H3702-0007

M-8
GB-182

H3702-0008

ND - 2933